Urlauber Wulff 2008

NIGEL TREBLIN / DAPD

AFFÄREN

Geld von der Schwiegermutter?

Nicht von Filmproduzent David Groenewold sollen zwei Urlaube Christian Wulffs auf Sylt finanziert worden sein, sondern von dessen heutiger Ehefrau – aus Bargeldgeschenken ihrer Mutter. So jedenfalls verteidigt sich Wulff im Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Vorteilsannahme gegen ihn. Das ergibt sich aus dem Antrag der Staatsanwaltschaft Hannover auf Aufhebung der Immunität. Demnach hat die Mutter von Bettina Körner schriftlich erklärt, ihrer Tochter zu deren 34. Geburtstag am 25. Oktober 2007 in bar 1000 Euro geschenkt zu haben. Sechs Tage später checkten Wulff und seine damalige Lebensgefährtin im Sylter Hotel Stadt Hamburg ein. Den dreitägigen Aufenthalt verbrachten sie gemeinsam mit Groenewold, der die Reise gebucht und mit seiner Kreditkarte vorfinanziert haben will. Anschließend, so Wulff und Groenewold, habe der Politiker die Kosten von 774 Euro in bar erstattet. Nach den Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft korreliert die Rückerstattung allerdings nicht mit Bargeldabhebungen von einem Konto der Wulffs. Dies erklärt Wulff nun mit dem Geburtstagspräsent. Ein weiteres Geldgeschenk über 2500 Euro soll seine spätere Frau von ihrer Mutter laut deren schriftlicher Erklärung Weihnachten 2007 erhalten haben – in bar. Die Scheine habe sie bis zu einem weiteren Sylt-Urlaub im August 2008 aufbewahrt, den ebenfalls Groenewold buchte und vorfinanziert haben soll. Auch in diesem Fall will Wulff die Kosten von 1540 Euro bar erstattet haben. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft erscheint eine so lange Aufbewahrung des Bargelds „zumindest wirtschaftlich als unvernünftig“, da Wulffs Konto jedenfalls im Juli 2008 um mehr als 10 000 Euro überzogen war. Die „konkreten Umstände“ begründen nach Ansicht der Staatsanwälte den Anfangsverdacht, dass Wulff tatsächlich von Groenewold „für ein allgemeines dienstliches Wohlwollen“ eingeladen wurde und die Kostenerstattungen erfunden sind. Die Wulff-Version bringt die Ermittler allerdings womöglich in Beweisnot: Um ihn und Groenewold anklagen zu können, müssen sie den Nachweis führen, dass entgegen der Darstellung der Beteiligten kein Bargeld übergeben wurde.

GORLEBEN

Merkel soll aussagen

Bislang unbekannte Unterlagen aus den neunziger Jahren könnten Kanzlerin Angela Merkel zu einer zentralen Zeugin im Gorleben-Untersuchungsausschuss des Bundestags werden lassen. Wie aus den Papieren hervorgeht, setzte sie als Bundesumweltministerin Untersuchungen des Salzstocks gegen rechtliche und wirtschaftliche Bedenken mehrerer Atomkraftunternehmen durch. So hat es zwei Treffen Merkels mit den Konzernspitzen gegeben, in denen die Position der Union und der Atomwirtschaft für Verhandlungen mit der SPD über einen Energiekonsens abgestimmt werden sollte. Das Umweltministerium behauptet, weder Protokolle noch Teilnehmerlisten der Gespräche zu besitzen. Die Wirtschaft hegte damals Zweifel, ob die Weitererkundung Gorlebens sinnvoll sei, da der Bund nicht über alle zur Erforschung notwendigen Salzrechte verfügte. Die Konzerne fürchteten eine Investitionsruine und wollten das Projekt auf Eis legen. Merkel aber lehnte laut Unterlagen ab, weil sonst die Entsorgungsnachweise der Atomkraftwerke gefährdet seien. „Beide Seiten“, heißt es in einem Vermerk über ein Treffen vom 5. Dezember 1996, hätten sich schließlich darauf geeinigt, dass „ein Mindestmaß an Arbeiten durchgeführt wird … um das Interesse an der Fortführung des Projekts zu demonstrieren und die ‚Glaubwürdigkeit‘ zu erhalten“. Bei dem zweiten Treffen am 13. Januar 1997 versprach Merkels Ministerium, für den Ausbau fehlende Salzrechte „konsensual oder über Enteignung“ von den Besitzern zu beschaffen.

WALTER SCHMIDT / NOVUM PHOTO

Merkel 1995

Nach Ansicht der atompolitischen Sprecherin der Grünen, Sylvia Kotting-Uhl, sollte die Kanzlerin nun zügig im Untersuchungsausschuss zu den Vorgängen befragt werden. „Merkel“, so wertet sie die Unterlagen, „hatte nur ein Ziel: so billig und so schnell wie möglich in Gorleben weitermachen.“